

Miese Stimmung



IW-Verbandsumfrage. So schlecht wie lange nicht steht es um die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel, wenn es nach den 47 vom IW befragten Verbänden geht. Eine deutliche Mehrheit erwartet zudem für 2024 keine Wende zum Besseren, selbst der bislang robuste Arbeitsmarkt bereitet Sorgen. Für den Pessimismus spielt neben geopolitischen Risiken auch die Verunsicherung durch den finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung eine Rolle. Im iwd-Interview fordert IW-Direktor Michael Hüther daher, die bisherige Fixierung auf die Schuldenbremse aufzugeben. Nur dann ließen sich genügend Investitionen in die Klimaneutralität der Wirtschaft mobilisieren. —> [Seiten 2-5](#)

Beschäftigung

Menschen, die einer Bürotätigkeit nachgehen, sind mit ihrem Job meist zufriedener als andere Arbeitnehmer. Ein Grund ist die Möglichkeit zum Homeoffice.

—> [Seiten 8-9](#)

Digitalisierungsindex

Die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft trat im Jahr 2023 auf der Stelle. In den ostdeutschen Bundesländern gab es sogar deutliche Rückschritte.

—> [Seiten 14-15](#)

Tief in der Krise

IW-Verbandsumfrage. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht und die Aussichten bleiben düster: Zum Jahreswechsel spiegeln die Aussagen der deutschen Wirtschaftsverbände die schwache Konjunktorentwicklung wider. Auch der Arbeitsmarkt dürfte zunehmend unter der Rezession leiden.

Das Umfeld für die deutsche Wirtschaft ist – gelinde gesagt – schwierig: Geopolitische Krisen schwächen die globale Konjunktur, was die vielen exportorientierten Unternehmen hierzulande hart trifft. Zudem engen die hohen Kostensteigerungen der vergangenen Jahre zusammen mit den gestiegenen Zinsen den finanziellen Spielraum der Firmen ein.

All dies schlägt sich in den Ergebnissen der IW-Befragung von 47 Wirtschaftsverbänden im November/Dezember 2023 nieder (Grafik):

Nur sechs Verbände sprechen von einer besseren Produktions- oder Geschäftslage als zum Jahreswechsel 2022/2023 – dagegen sagen 30, die Situation sei schlechter als vor einem Jahr.

Dabei gilt es zu bedenken, dass die Wirtschaftslage bereits damals problematisch war.

Eine Trendwende für 2024 ist nicht in Sicht – die aktuelle Konjunkturprognose des IW geht davon aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt wie schon 2023 erneut um etwa 0,5 Prozent schrumpfen wird. Die Verbände teilen diesen Pessimismus:

Insgesamt 23 der 47 befragten Verbände rechnen damit, dass ihre Geschäfte 2024 schlechter laufen werden als im zurückliegenden Jahr – sechs davon erwarten sogar einen erheblichen Produktions- oder Umsatzrückgang.

Zu Letzteren zählen vor allem energieintensive Industriezweige wie

Gießereien oder Kunststoffhersteller, aber auch die Immobilienbranche.

Wie außerordentlich trüb die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft sind, zeigt sich im Rückblick auf frühere Verbandsumfragen: Seit 1991 ist es erst das siebte Mal, dass der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen im Minusbereich liegt.

Für die aktuellen Ergebnisse spielt ebenfalls eine Rolle, dass die Wirtschaft hinsichtlich des finanziellen Kurses der Bundesregierung stark verunsichert ist. Wohl auch deshalb geht eine relative Mehrheit von 22 Verbänden von einer rückläufigen Investitionstätigkeit in den Betrieben aus.

Anders als in den Umfragen zuvor sind die Verbände inzwischen auch hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung skeptisch:

Nur noch fünf Verbände halten einen Personalaufbau in ihren Mitgliedsunternehmen für wahrscheinlich, 23 sehen per saldo einen Stellenabbau.

Offenbar geht eine wachsende Zahl von Branchen davon aus, trotz der weiterhin schwierigen Fachkräftesituation nicht mehr an der bestehenden Belegschaft festhalten zu können.

IW-Report 66/2023

Michael Grömling: Keine Erholung in Sichtweite – Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage 2023

iwkoeln.de/verbandsumfrage_2024

IW-Verbandsumfrage für 2024

Ergebnisse der Befragung von 47 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Landwirtschaft
29. Bauindustrie
30. Baugewerbe
31. Handwerk
32. Groß- und Außenhandel
33. Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Immobilien
47. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine **Stimmungslage** in den Unternehmen Ihres Wirtschaftszweigs gegenüber dem Jahreswechsel 2022/2023?

2. Welches **Produktionsergebnis** (gegebenenfalls preisbereinigtes Umsatzbeziehungsweise Geschäftsergebnis) erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2024 im Vergleich zu 2023?

3. Wie werden sich die **Investitionen** 2024 im Vergleich zu 2023 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

4. Wie wird sich die Zahl der **Beschäftigten** 2024 im Vergleich zu 2023 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

	besser	genauso	schlechter	wesentl. höher	etwas höher	gleichbleibend	etwas niedriger	wesentl. niedriger	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden
		○					-		+		-	+	○	-
		○				○	-			○			○	-
			-				-	--			-		○	-
			-			○		--			-		○	-
			-			○		--			-		○	-
		○				○					-		○	-
		○			+		-		+	○		+		-
		○					-		+				○	-
			-				-				-		○	-
			-		+		-			○			○	-
			-			○				○		+		-
			-			○	-			○			○	-
			-		+			--			-	+		-
			-				-		+					-
			-				-	--					○	-
		○				○		--		○			○	-
			-			○	-				-		○	-
		○					-			○			○	-
	+					○	-				-		○	-
			-				-				-			-
			-				-				-			-
			-				-				-			-
			-		+		-				-			-
			-			○				○			○	-
			-		+				+				○	-
		○					-			○			○	-
		○					-			○			○	-
			-			○				○			○	-
			-		+				+				○	-
			-			○				○			○	-
			-		+		-					+		-
			-		+			--	+				○	-
		○				○				○			○	-
6	11	30	0	9	15	17	6	8	16	22	5	19	23	

Interview. *Weniger Produktion, weniger Investitionen und weniger Beschäftigung – die jüngste Verbandsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft zeichnet ein düsteres Bild für 2024. Wie die Politik gegensteuern kann und warum die Schuldenbremse nicht mehr zeitgemäß ist, erklärt IW-Direktor **Michael Hüther**.*

„Die aktuelle Verunsicherung ist vor allem hausgemacht“

Nur neun der 47 vom IW befragten Verbände gehen davon aus, dass die Produktion bei ihren Mitgliedsunternehmen 2024 höher ausfallen wird als 2023 – 23 erwarten weniger Output. Was macht die Verbände so pessimistisch?

So schlecht war die Stimmung zuletzt zu Zeiten der Finanzkrise. Die aktuelle Bewertung setzt auf der bereits sehr schlechten Einschätzung vom Vorjahr auf. Diese hat sich verstetigt. Damals erwarteten die Verbände wegen der Energiekostensituation und der Gasmangellage wenig positive Impulse. Anschließend sind wir zwar besser ins Jahr 2023 gestartet, als viele dachten. Aber dieser Optimismus ist schnell verfliegen.

Dabei gilt festzuhalten: Das derzeitige Maß an Verunsicherung ist mehr von der deutschen Politik hausgemacht als fremdverschuldet. Aber natürlich gibt es zusätzlich geopolitische Risiken – weiterhin den Ukraine-Krieg, die Rolle Chinas im globalen Kontext und zuletzt die Ereignisse in Israel.

Ander als bei den Verbandsumfragen der vergangenen Jahre erwarten viele Wirtschaftszweige inzwischen einen Beschäftigungs-

rückgang. Wie schlimm wird es auf dem Arbeitsmarkt?

Wir als IW erwarten, dass die Arbeitslosenquote auf 6 Prozent ansteigt, dahinter steckt unter anderem die nur mühsame Integration der Geflüchteten. Gleichzeitig drückt der Mangel an Fachkräften das Beschäftigungsniveau. Zudem gehen vor allem die energieintensiven Branchen von einem Stellenabbau aus. Aber immerhin 19 Branchen sagen, dass die Situation bei ihnen stabil bleibt – das sollte man nicht übersehen.

Beim Haushaltskompromiss hat die Bundesregierung auch das Thema Energie nicht ausgeklammert und will an einigen Stellen sparen. Hätte sie stattdessen lieber die Schuldenbremse opfern sollen?

Als die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wurde, ging es darum, den Haushalt zu sanieren, damit Deutschland international sein Standing behält. Doch jetzt haben wir keine Skepsis an den Kapitalmärkten gegenüber Deutschland als Schuldner.

Und die Energiekosten sind nun mal ein zentrales Thema für den Standortwettbewerb. Niedrigere Netzentgelte wird es mit diesem

Kompromiss jetzt nicht geben können. Dabei ist ohnehin sehr lange von vielen energieintensiveren Firmen wenig investiert worden am Standort Deutschland. Die Unternehmen haben abgewartet, wollten Klarheit gewinnen. Jetzt, so fürchte ich, werden Investitionen am hiesigen Standort erst recht nicht mehr stattfinden.

Seit einiger Zeit sprechen Sie sich deutlich gegen die starre Schuldenbremse aus. Was genau ist Ihr Argument?

Unter den momentanen Bedingungen muss man etwas weiterdenken. Passt das rechtliche Konstrukt noch in die aktuelle Situation? Was die Politik stattdessen tut, ist lediglich das, was sie ohne wirkliche Kraftanstrengung tun kann. Damit umgeht sie zwar eine Verfassungsänderung, aber die Transformation bis 2045 hin zur Klimaneutralität werden wir so nicht schaffen – höchstens, indem der Standort Produktionskapazitäten verliert. Das wäre die Transformation auf kaltem Weg, aber das wollen wir ja hoffentlich nicht.

Ohne Schuldenbremse müssten die jungen Generationen noch höhere Schulden zurückzahlen. Wie soll das funktionieren?



Foto: IW Medien

Die junge Generation hat auch ein Interesse an Klimaneutralität. Nur auf die Staatsschulden zu schauen, ist halbgar. Die Schuldenquote hat Zähler und Nenner: Wir übergeben den kommenden Generationen ja nicht nur einen Schuldenstand, sondern auch einen Vermögensstand, sprich: die Wirtschaftsleistung. Würden die jetzt dringenden Investitionen erst in späteren Jahren nachgeholt, käme das die nachrückenden Generationen viel teurer.

Anders gesagt: Wenn wir eine Infrastruktur hinterlassen, die nicht trägt, dann ist das viel schlimmer als etwas höhere Schulden, die für Deutschland bei deutlichem Wirtschaftswachstum kein Problem darstellen.

Sie haben die Rolle Chinas erwähnt. Trotz der Machtansprüche Pekings machen sich die deutschen Unternehmen bislang kaum unabhängiger von China. Sind die Firmen zu träge oder zu naiv?

Nein. Unternehmen müssen einen schonenden Einsatz ihres Kapitals sicherstellen. Die zentrale Frage lautet: Gehe ich aus einem Markt raus oder Sorge ich nur gut vor für den Fall, dass ich rausgehen muss? Soll ich also schon in voraus-eilendem Gehorsam ein Land verlassen, weil etwas passieren könnte?

Klar ist: Für viele Unternehmen lässt sich der chinesische Markt schlicht nicht ersetzen. Zudem gibt es aktuell auch andere Signale aus China – man darf für 15 Tage ohne Visum einreisen, Wirtschaftssanktionen werden reduziert und der Dialog mit den USA wurde wieder aufgenommen. Letztlich sind auch die Chinesen nicht im eigenen Orbit unterwegs, sondern international eingebunden und auf andere Staaten angewiesen.

In anderen Ländern wie den USA sind die Aussichten für 2024 deutlich besser als in Deutschland. Woran liegt das?

Wir haben weltweit eine schwache Industriekonjunktur. Das ist für Deutschland problematisch, weil der Anteil der entsprechenden Branchen an der gesamten Wertschöpfung in Deutschland hoch ist.

Hinzu kommen politische Unterschiede: In den USA beispielsweise gab und gibt es sehr umfassende industriepolitische Förderprogramme – die ihre Wirkung zeigen.

Industriepolitik darf in Deutschland angesichts des Ziels, bis 2045 klimaneutral zu werden, nicht mehr als etwas Unanständiges gelten. Die Politik muss für das Klimaziel auf beiden Marktseiten eingreifen – sowohl bei den CO₂-Preisen als auch bei neuen (Leit-)Märkten wie jenen rund um die Wasserstofftechnologie.



Eine längere Fassung des Interviews, unter anderem mit dem Thema Zuwanderung, lesen Sie unter [iwd.de/interview-verbandsumfrage](https://www.iwd.de/interview-verbandsumfrage)

Zu wenige Unternehmen steuern um

China. Die deutsche Wirtschaft ist gut beraten, weniger abhängig von China zu werden – dies ist mittlerweile weitgehend Konsens. Doch viele Unternehmen kommen bei diesem sogenannten De-Risking kaum voran oder beabsichtigen dies nicht einmal. Die Frage stellt sich, ob und in welcher Form der Staat eingreifen sollte.

Spätestens seit Russlands Krieg gegen die Ukraine und seinen Folgen für die europäische Gasversorgung ist der Abbau geostrategischer Risiken in den Blickpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik gerückt. Auch von China sollen die hiesigen Unternehmen unabhängiger werden – etwa bei kritischen Gütern wie Rohstoffen.

Bislang allerdings diversifiziert nur ein überschaubarer Teil der Betriebe ihren Vorleistungsbezug. Laut einer Unternehmensumfrage der Deutschen Bundesbank vom Frühjahr haben von allen Industriefirmen, die auf Vorleistungen aus China angewiesen sind, mehr als

zwei Fünftel noch keine Maßnahmen ergriffen oder zeitnah geplant, um diese Abhängigkeit zu reduzieren.

Die Ergebnisse einer Befragung von Betrieben in Nordrhein-Westfalen, an der das IW beteiligt war, sind noch beunruhigender (Grafik):

Von den Unternehmen, die wichtige Vorleistungen aus China beziehen, sagen nur 19 Prozent, die Rolle Chinas als Lieferant werde in den kommenden fünf Jahren kleiner – 48 Prozent setzen künftig sogar noch stärker auf chinesische Vorprodukte.

Möglicherweise haben die Unternehmen zu wenig Anreiz, das

De-Risking voranzutreiben, weil eine Art Marktversagen vorliegt. Denn China subventioniert seine Industrie massiv, sodass deren Produkte oft günstiger sind als die aller Konkurrenten weltweit. Deutsche Unternehmen können demnach ihre Vorleistungen sehr wahrscheinlich nur zu höheren Kosten aus anderen Quellen beziehen – was sich negativ auf ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. Für bestimmte Vorprodukte mag es kurzfristig sogar kaum andere Lieferanten geben, weil chinesische Unternehmen den Markt dominieren.

Um die Anreize zum De-Risking zu erhöhen, könnte der deutsche Staat die Rahmenbedingungen anpassen. Beispielsweise sollten die für die Außenwirtschaftsförderung zuständigen Institutionen die Firmen verstärkt über Diversifizierungsmöglichkeiten informieren und Hilfestellung geben. Auch eine finanzielle Förderung von Firmen, die weitreichende Pläne zur Neuordnung ihrer Lieferketten vorlegen, ist zu erwägen.

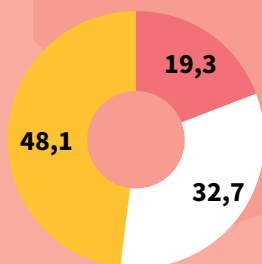
Nicht zuletzt ist – auf europäischer Ebene – der Abschluss zusätzlicher Freihandelsabkommen essenziell, etwa mit den Mercosur-Staaten (siehe iwd 18/2023).

Unternehmen: China bleibt ein wichtiger Zulieferer

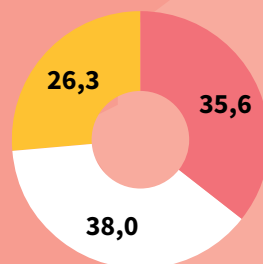
So viel Prozent der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sagen, Chinas Bedeutung als Lieferant von Vorleistungen werde in den kommenden fünf Jahren ...

■ ... abnehmen ■ ... unverändert bleiben ■ ... zunehmen

Unternehmen mit wichtigen Vorleistungen aus China



Alle Unternehmen



Unternehmen mit wichtigen Vorleistungen aus China: Firmen, die auf die Aussage „Unser Unternehmen ist auf wichtige Vorleistungen aus China angewiesen“ mit „stimme voll zu“ oder „stimme eher zu“ geantwortet haben

Befragung von rund 400 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen im Juni 2023

Quellen: Industrie- und Handelskammern NRW, Zenit GmbH, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 92/2023

Jürgen Matthes: De-Risking von China im Licht aktueller Unternehmensumfragen – Nur begrenzte Lichtblicke
iwkoeln.de/de-risking_china

Stabilität am Arbeitsplatz

Betriebszugehörigkeit. Die Deutschen bleiben lange bei einem Arbeitgeber – daran hat auch die Coronapandemie nichts geändert. In einzelnen Branchen geht die Betriebszugehörigkeitsdauer aber zurück. Auch die Betriebsgröße spielt eine Rolle.

Beim Arbeitgeber bleiben oder doch den Job wechseln? Diese Frage hatte durch die Coronapandemie in den vergangenen Jahren eine andere Tragweite als zuvor. In den USA gab es den sogenannten Big Quit – viele Arbeitnehmer kündigten trotz der unsicheren Lage ihre Jobs, etwa aufgrund niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen. In Deutschland sah das anders aus:

Die Zahl der Kündigungen durch Arbeitnehmer sank im ersten Halbjahr 2020 um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Im Gesamtjahr 2021 lag sie unter dem Niveau der Jahre 2017 bis 2019. Generell zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland in Krisenzeiten das Risiko eines Jobwechsels scheuen.

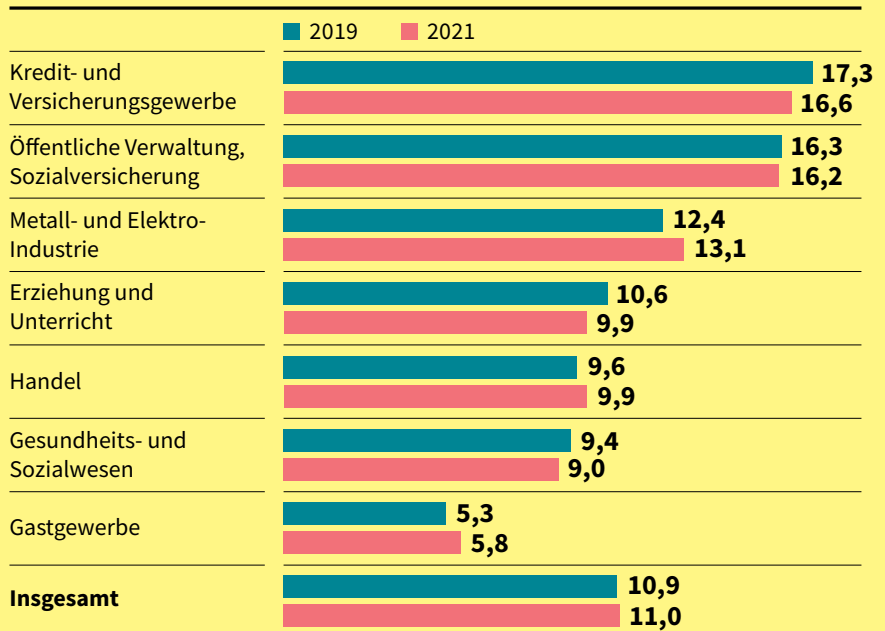
Über alle Branchen hinweg waren die Beschäftigten hierzulande im Jahr 2021 durchschnittlich seit elf Jahren bei ihrem Arbeitgeber tätig. Besonders treu zeigen sich die Erwerbstätigen im Kredit- und Versicherungsgewerbe (Grafik):

Mit durchschnittlich 16,6 Jahren bleiben Mitarbeiter im Kredit- und Versicherungssektor bundesweit am längsten bei einem Arbeitgeber.

Ebenfalls selten wechseln Erwerbstätige der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherungen. Anders sieht es im Gastgewerbe aus: Mit weniger als sechs Jahren ist die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer dort kürzer als in allen anderen Branchen.

Die Treue zum Job

So viele Jahre arbeiteten Beschäftigte dieser Branchen in Deutschland im Schnitt im selben Betrieb



Branchenauswahl
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Die Unterschiede haben mit der jeweiligen Branchenstruktur zu tun. Im Versicherungsgewerbe zum Beispiel arbeiten etwa 80 Prozent der Erwerbstätigen in großen Unternehmen. Und in Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten bleiben Mitarbeiter im Schnitt 13,5 Jahre, in Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten nur 8,5 Jahre.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief dabei recht unterschiedlich. So ist die Betriebszugehörigkeitsdauer in der öffentlichen

Verwaltung und im Bildungswesen seit dem Jahr 2013 gesunken. Eine Erklärung: In diesen Berufsfeldern sind viele langjährig Beschäftigte in Rente gegangen. Zunehmend länger im selben Betrieb bleiben dagegen die Beschäftigten im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Hoch- und Tiefbau.

IW-Kurzbericht 95/2023

Holger Schäfer: Entwicklung der Betriebszugehörigkeitsdauer
iwkoeln.de/betriebszugehörigkeit

Büro, Büro

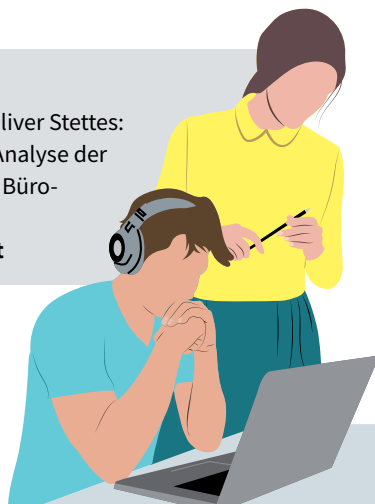
Beschäftigung. Schreibtischtäter, Bürohengste, Aktenakrobaten: Die Liste der Schmähwörter für Menschen mit Bürojob ist lang. Dabei macht Büroarbeit den Großteil der hiesigen Beschäftigung aus: Mehr als jeder Zweite (55 Prozent) arbeitet nach eigener Auskunft hauptsächlich an einem Büroarbeitsplatz – Frauen etwas häufiger als Männer und besonders häufig Führungskräfte auf der mittleren oder oberen Führungsebene. Tatsächlich sind Pencil Pusher, wie Büromenschen leicht abfällig im Englischen genannt werden, mit ihren Jobs in der Regel zufriedener als Arbeitnehmer, die keiner Bürotätigkeit nachgehen: Denn Bürobeschäftigte können öfter mal im Homeoffice arbeiten – anders als Krankenschwestern, Maurer oder Streifenpolizisten. Auch in der Gestaltung ihrer Arbeitszeit sind sie freier: Vier von zehn nutzen in ihrem Job flexible Arbeitszeitmodelle, von den Nicht-Bürobeschäftigten tun dies nur zwei von zehn. Die größere Flexibilität hinsichtlich des Arbeitsorts und der Arbeitszeiten trägt wiederum zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. So sind rund 88 Prozent der Bürobeschäftigten der Meinung, dass sich ihre Arbeitszeiten gut oder sogar sehr gut mit ihren familiären oder sozialen Verpflichtungen vereinbaren lassen. In der Vergleichsgruppe sagen dies lediglich 74 Prozent.

Außerdem machen Bürobeschäftigte nach eigenen Angaben etwas seltener Überstunden als Mitarbeiter, die keinem Schreibtischjob nachgehen. Allerdings steigt die Häufigkeit der Überstunden, wenn Beschäftigte auch mobil arbeiten – unabhängig davon, ob sie überwiegend am Schreibtisch tätig sind oder nicht.

IW-Report 62/2023

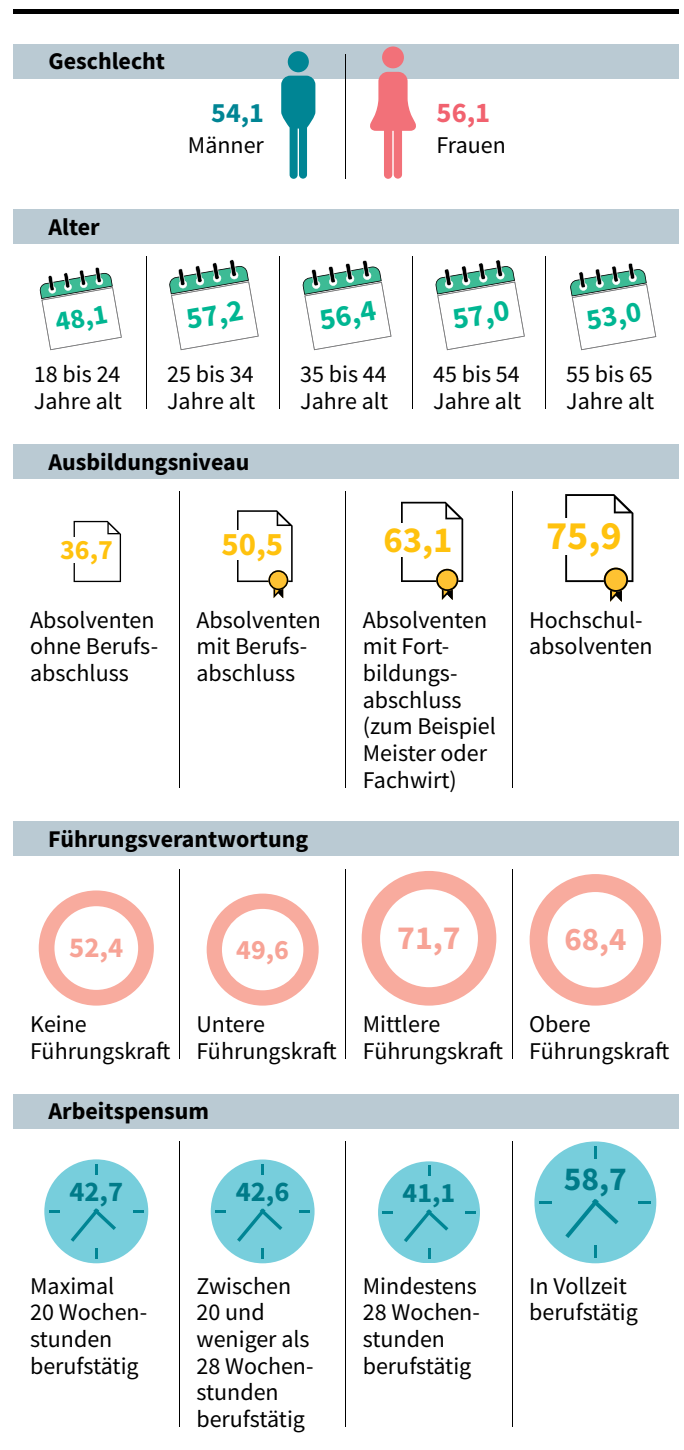
Andrea Hammermann, Oliver Stettes:
Büroarbeit im Wandel – Analyse der Arbeitsbedingungen von Bürobeschäftigten

iwkoeln.de/bueroarbeit



Die Bürotypen

So viel Prozent dieser Beschäftigten in Deutschland arbeiteten 2023 hauptsächlich an einem Büroarbeitsplatz



Die Homeoffice-Quoten

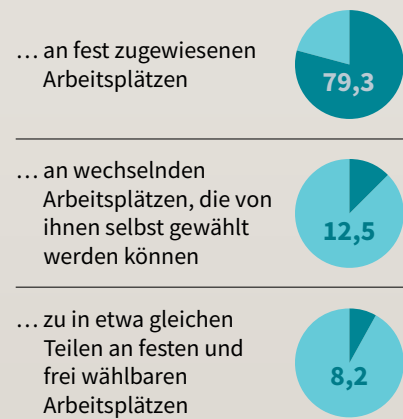
So viel Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiteten im Jahr 2023 ...

	... an einem Büroarbeitsplatz und zumindest gelegentlich mobil	... nicht an einem Büroarbeitsplatz und zumindest gelegentlich mobil
Finanzdienstleistungen, Wohnungswesen, Medien, Information und Kommunikation	63,0	14,9
Industrie, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	35,5	10,5
Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau	33,7	18,7
Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	27,6	13,6
Sonstiges	26,8	20,2
Sonstige Dienstleistungen	25,7	21,9
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	20,8	17,6
Insgesamt	32,4	15,8



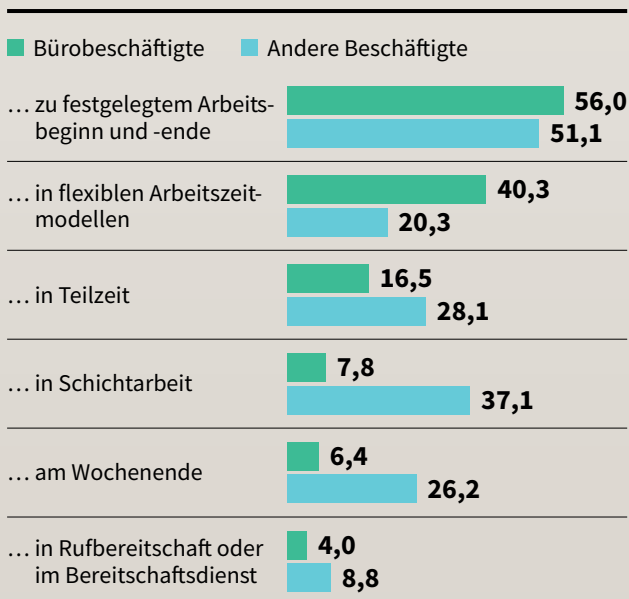
Die Bürosituation

So viel Prozent der Bürobeschäftigten im Jahr 2023 arbeiteten im Unternehmen überwiegend ...



Die Arbeitszeitgestaltung

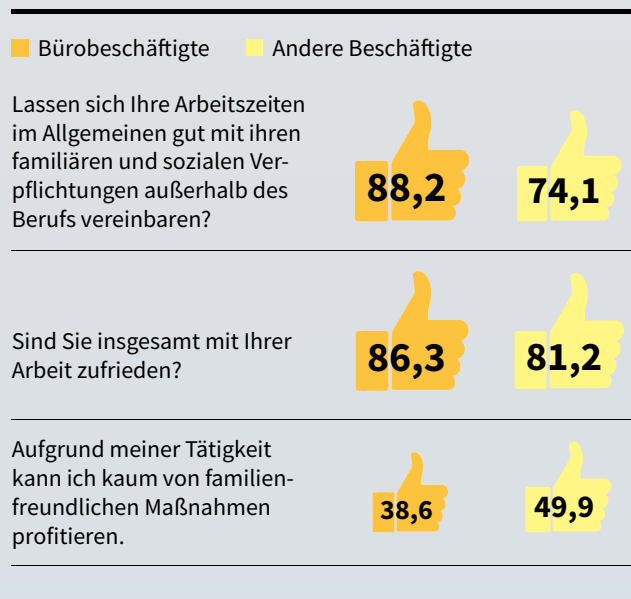
So viel Prozent der jeweiligen Beschäftigtengruppe in Deutschland arbeiteten im Jahr 2023 ...



Mehrfachnennungen

Die Arbeitszufriedenheit

So viel Prozent der jeweiligen Beschäftigtengruppe stimmten 2023 diesen Aussagen zu



Befragung von 4.735 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Frühjahr 2023 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

Der Ukraine-Effekt

Europäische Union. Sollte die Ukraine Mitglied der Europäischen Union werden, würden ihr umfangreiche Mittel aus dem Haushalt der Staatengemeinschaft zustehen, wie eine IW-Analyse zeigt. Gleichzeitig böte die Erweiterung die Chance, dass die EU notwendige strukturelle Reformen angeht.

In manchen Momenten tut ein heißer Kaffee gut – sogar denjenigen, die ihn gar nicht trinken. Ungarns Regierungschef Victor Orban drohte auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember, die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine zu blockieren. Kurzerhand wurde er von seinen Kollegen in eine Kaffeepause gebeten. So konnten die restlichen 26 Landesspitzen den notwendigen

einstimmigen Beschluss fassen und Orban konnte weiterhin von sich sagen, er sei dagegen.

Zunächst wird sich die Einigung nicht allzu sehr auf die Staatengemeinschaft auswirken, der Beschluss hat eher symbolischen und politischen Charakter. Aktuell ist die Ukraine weit davon entfernt, Mitglied der EU zu werden. Denn die wichtigste Voraussetzung dafür ist ein Ende

des Kriegs mit Russland. Außerdem muss die Ukraine die Korruption im Inland stärker bekämpfen und Reformen anstoßen. Dennoch:

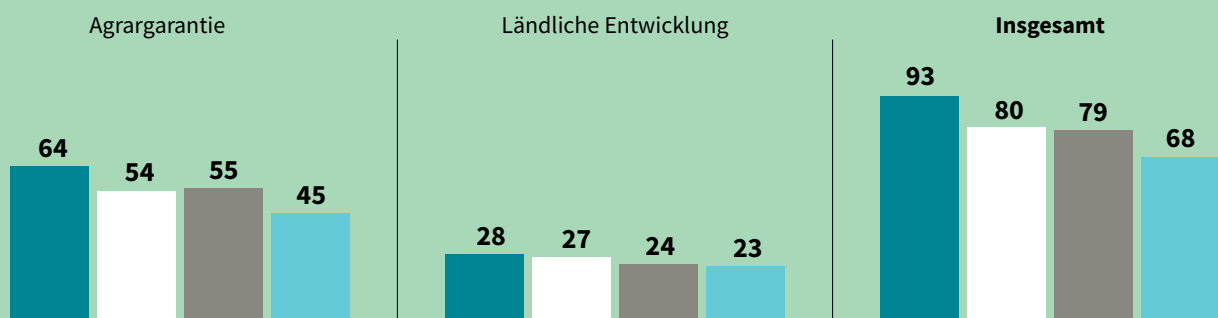
Langfristig wäre ein Beitritt der Ukraine aus geostrategischen Gründen für die Europäische Union wichtig – vor allem mit Blick auf Russland.

Wenn dies passiert, ändern sich nicht nur die Außengrenzen der

Agrarsubventionen: Der Ukraine stünde viel Geld zu

So viele Milliarden Euro würde die Ukraine als EU-Mitglied basierend auf den derzeitigen Zahlungen an Polen und Rumänien aktuell an Agrarsubventionen aus dem siebenjährigen Finanzrahmen der EU bekommen

■ Ukraine (2021) basierend auf Polen □ Ukraine (2021) basierend auf Rumänien ■ Ukraine (2023) basierend auf Polen
■ Ukraine (2023) basierend auf Rumänien



Ukraine (2021): Datenstand zu Bevölkerung und Landfläche vor dem russischen Angriffskrieg;
Agrargarantie: Ausgaben für die Agrarpolitik – Marktinterventionen und Direktzahlungen;
Ländliche Entwicklung: Zahlungen für den Erhalt lebendiger ländlicher Gebiete durch die Entwicklung ihrer Wirtschaft und die Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen

Quellen: Emerson, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Staatengemeinschaft, auch im Haushalt würde es zwangsläufig Verschiebungen geben. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat daher geschätzt, wie viel Geld der Ukraine aus dem Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027 zustehen würde, wenn sie bereits heute Mitglied wäre.

Da sich mit dem russischen Angriff die Landesgrenzen der Ukraine verschoben und Millionen Menschen in andere Staaten geflohen sind, haben die IW-Forscher mit zwei verschiedenen Datengrundlagen kalkuliert. Zum einen dienten als Basis die Bevölkerungszahl und Landesfläche vor Kriegsbeginn aus dem Jahr 2021. Zum anderen nutzten sie aktuelle Schätzungen, wonach in der Ukraine noch rund 31 Millionen Menschen leben und das Land über eine Fläche von gut 52 Millionen Hektar verfügt.

Um die hypothetischen Ansprüche auf Mittel aus dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU abschätzen zu können, orientierte sich das IW an vergleichbaren Ländern. Polen und Rumänien kommen der Ukraine sehr nahe, beispielsweise ist vor allem Polen ähnlich landwirtschaftlich geprägt wie die Ukraine. Diese hat allerdings nochmals deutlich mehr Ackerfläche als die beiden EU-Mitglieder – trotz des Kriegs sollen es nach wie vor knapp 28 Millionen Hektar sein. Entsprechend hoch wären die Zahlungen aus dem Agrarfonds (Grafik Seite 10):

Die Agrarsubventionen für die Ukraine würden sich im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen je nach Szenario auf 68 bis 93 Milliarden Euro belaufen.

Neben den Hilfen für die Landwirtschaft setzt die EU auf die Kohäsionspolitik: Strukturschwache Regionen innerhalb der Mitgliedsstaaten werden finanziell unterstützt. Ziel ist, die großen Unter-

schiede in Sachen Wirtschaftskraft und Lebensqualität in der EU abzubauen beziehungsweise zu verringern. Auch hierfür bekäme die Ukraine bei einer EU-Mitgliedschaft finanzielle Unterstützung (Grafik):

Je nach Szenario würde die Ukraine zwischen 50 und 87 Milliarden Euro aus den Kohäsionstöpfen erhalten.

Aus anderen Bereichen des mehrjährigen Finanzrahmens kämen weitere 7 Milliarden Euro hinzu. Zusammengenommen stünden der Ukraine somit zwischen 125 und 187 Milliarden Euro aus dem siebenjährigen EU-Haushalt zu. Um die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgaben zu stemmen, könnte die Kohäsionspolitik so umgestaltet werden, dass ausschließlich ärmere Mitgliedsstaaten davon profitieren. Der mehrjährige Finanzrahmen würde dadurch in einer Größenordnung von ungefähr 140 Milliarden Euro entlastet.

Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU hätte aber auch noch andere Auswirkungen als die reine Umverteilung der Haushaltsgelder. So würde sich der Binnenmarkt deutlich vergrößern und neue Handelswege öffnen. Mehr als 30 Millionen potenzielle Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen kämen innerhalb des Binnenmarktes hinzu. Außerdem gilt die Ukraine als „Kornkammer Europas“.

Ein Problem, das die EU derzeit ausbremst, ist ihr Einstimmigkeitsprinzip in manchen Politikfeldern. Eine Erweiterung der Union – neben der Ukraine führt die EU noch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien sowie die Türkei als Beitrittskandidaten, für Georgien gilt dies unter Vorbehalt – müsste deshalb mit strukturellen Reformen einhergehen. Nur so kann die EU dauerhaft handlungsfähig bleiben.

Kohäsionszahlungen: Ukraine würde profitieren

So viele Milliarden Euro würde die Ukraine als EU-Mitglied basierend auf den derzeitigen Zahlungen an Polen und Rumänien im Zeitraum von 2021 bis 2027 aus dem Kohäsions- und den Strukturfonds der EU erhalten

Ukraine (2021)
basierend auf
Polen



Ukraine (2021)
basierend auf
Rumänien



Ukraine (2023)
basierend auf
Polen



Ukraine (2023)
basierend auf
Rumänien



Kohäsionspolitik:
finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt für
strukturschwache Regionen in den Mitgliedsstaaten

Ukraine (2021): Datenstand zu Bevölkerung und
Landfläche vor dem russischen Angriffskrieg

Quellen: Emerson, Weltbank,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 63/2023

Berthold Busch, Samina Sultan: Fiskalische
Aspekte einer EU-Erweiterung
iwkoeln.de/eu-erweiterung

Mehr Minus als Plus

Einkommensteuer. Unterm Strich werden viele Steuerpflichtige in diesem Jahr höher belastet werden als 2023. Vor allem Gering- und Durchschnittsverdiener müssen oftmals mit höheren Be- als Entlastungen leben.

Heizen, kochen, tanken, Essen gehen: Seit dem 1. Januar ist vieles teurer, weil beispielsweise für Speisen in der Gastronomie wieder der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent gilt. Auch die Beiträge zu den Sozialversicherungen sind gestiegen.

Dem gegenüber steht eine Entlastung für die Einkommensteuerzahler in Höhe von rund 15 Milliarden Euro. Davon profitieren alle, deren Einkommen über dem Grundfreibetrag liegt: Singles, Familien,

Alleinerziehende. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttojahreseinkommen von 90.000 Euro zahlt 774 Euro Steuern weniger als 2023, bei einem Einkommen von 130.000 Euro sind es sogar 1.532 Euro.

Doch die höheren Belastungen im Jahr 2024 – so sind seit Jahresbeginn etwa für Gas wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig und der CO₂-Preis pro Tonne beträgt nun 45 Euro statt 30 Euro – werden vor allem Gering- und Durchschnittsverdiener am Jahresende mit einem Minus zurück-

lassen. Ein Single mit einem Jahresbruttogehalt von 50.000 Euro hat im Jahr 2024 bei unverändertem Einkommen 40 Euro weniger zur Verfügung als 2023. Alleinerziehende mit einem Kind und einem Jahresbruttogehalt von 36.000 Euro haben sogar 144 Euro weniger in der Tasche als im Vorjahr.

Familien schneiden etwas besser ab, da der Beitrag zur Pflegeversicherung bei einem Paar mit zwei Kindern 2024 geringer ist, während er bei Singles und Alleinerziehenden mit einem Kind höher ausfällt (Grafik):

Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttojahresgehalt von 66.000 Euro wird per saldo im Jahr 2024 mit 5 Euro zusätzlich belastet.

Bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 90.000 Euro ergibt sich eine Entlastung von 83 Euro, bei 130.000 Euro sind es 262 Euro.

Gutverdiener kommen in der Bilanz besser weg, weil bei ihnen der Inflationsausgleich in der Einkommensteuer stärker ins Gewicht fällt als bei Personen mit geringerem Einkommen. Umso wichtiger wäre es, die letztere Personengruppe an anderer Stelle zu entlasten – zum Beispiel mit einem Klimageld, das den Menschen hilft, die steigenden CO₂-Preise zu kompensieren.

Steuern und Abgaben: Das bleibt 2024 übrig

Änderungen bei Steuern, Sozialbeiträgen und Abgaben für eine Familie mit zwei Kindern, einer Gasheizung und einem Pkw mit Verbrennungsmotor im Jahr 2024; Entlastung und Belastung (-) in Euro

Bruttojahreseinkommen der beiden Partner	42.000/ 0	42.000/ 24.000	60.000/ 30.000	90.000/ 40.000
Einkommensteuer/Solidaritätszuschlag	470	593	774	1.532
Sozialbeiträge	-5	-8	-26	-483
Erhöhung CO ₂ -Preis	-133	-147	-153	-166
Höhere Netzentgelte	-113	-113	-113	-113
Mehrwertsteuererhöhung Gas	-192	-230	-249	-288
Mehrwertsteuererhöhung Gastronomie	-60	-100	-150	-220
Gesamteffekt	-33	-5	83	262

Sozialbeiträge: gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung; Einkommensteuer: inklusive Kindergeld und Solidaritätszuschlag (sofern relevant); Gastronomie: Ausgaben der Haushalte analog der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Wa(h)re Schönheit

Gesellschaft. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der in Deutschland durchgeführten Schönheitsoperationen stark zugenommen. Für welche Eingriffe sich die Bundesbürger im Jahr 2022 am häufigsten zum Beauty Doc begeben haben, zeigen neue Daten.

Erfolg, Lebensqualität und Zufriedenheit durch ein perfektes Aussehen: Das verspricht die Schönheitsbranche ihren Patienten – und es wirkt: Im Jahr 2018 zählte die Vereinigung der Deutschen Ästhetisch-Plastischen Chirurgen etwa 77.000 Eingriffe, 2022 waren es bereits mehr als 98.000.

Besonders minimalinvasive Eingriffe zur Straffung der Haut – häufig im Gesicht – werden immer beliebter (Grafik):

Mediziner nahmen in Deutschland im Jahr 2022 annähernd 30.000 Botoxbehandlungen vor – am zweithäufigsten waren Eingriffe mit Hyaluron, das rund 22.000-mal zum Einsatz kam.








Ein möglicher Grund für die gestiegenen Zahlen: Die meisten Büroangestellten sahen in der Pandemie ihr eigenes Gesicht ständig verzerrt in Videomeetings – und hatten so reichlich Anlass, über Falten und vermeintlich ungleichmäßige Proportionen nachzudenken.

Selbst wenn viele Behandlungen zunächst ungefährlich erscheinen: Es handelt sich um medizinische Eingriffe, die Risiken bergen und im Extremfall sogar tödlich sein können.

Wer trotzdem nicht auf Schönheitseingriffe verzichten möchte, sollte einige Dinge beachten: Am wichtigsten ist es, sich vor Behand-

Schönheitseingriffe: Der Kampf gegen das Altern

So viele Schönheitseingriffe führten Chirurgen in Deutschland durch

	2018	2020	2022
 Botoxbehandlung	19.922	24.223	29.112
 Hyaluronbehandlung	18.269	18.768	21.756
 Fettabsaugung	3.804	5.027	6.802
 Lippenkorrektur	4.578	4.126	4.994
 Oberlidstraffung	4.388	4.282	4.282
 Brustvergrößerung	3.664	3.892	4.171
 Nasenkorrektur	3.124	2.304	2.342

Botoxbehandlung: Eingriff, bei dem das Bakteriengift Botulinumtoxin Muskeln vorübergehend entspannt und dadurch Falten glättet oder übermäßiges Schwitzen verhindert
Hyaluronbehandlung: Eingriff, bei dem Hyaluronsäure der Haut Volumen hinzufügt und ihre Struktur verbessert (z. B. in Wangenknochen oder Lippen)
Quelle: Vereinigung der Deutschen Ästhetisch-Plastischen Chirurgen
 © 2024 IW Medien / iwd

lungsfehlern zu schützen und einen seriösen Arzt zu finden.

Das ist gar nicht so leicht, denn Berufsbezeichnungen wie beispielsweise „Schönheitschirurg“, „Beauty Doc“ oder „Master of Injectables“ sind nicht rechtlich geschützt und bieten keinerlei Garantie für spezifische Qualifikationen. Jeder Arzt darf für die Schönheit zum Skalpell greifen, minimalinvasive Behandlungen können auch Heilpraktiker vornehmen.

Ärzte werden laut einer Befragung seitens der Zeitung „Die Zeit“ als

seriös angesehen, wenn sie einen realistischen Kostenvoranschlag erstellen, die Patienten ausreichend beraten und sie frühzeitig über mögliche Risiken aufklären.

Das Vorgespräch, den Eingriff und die Nachbehandlung sollte möglichst derselbe Chirurg durchführen. So haben Patienten einen Ansprechpartner, falls nach dem Abschluss der gesamten Behandlung Probleme auftreten – denn häufig müssen Patienten für Komplikationen selbst aufkommen oder sich zumindest finanziell beteiligen.

Digitaler Stillstand

Digitalisierungsindex. Das Jahr 2023 war für die Unternehmen in Deutschland schwierig – unter anderem wegen stark gestiegener Kosten, anhaltender Lieferengpässe und politisch bedingter Unsicherheiten. Dadurch rückte die Digitalisierung in den Hintergrund, wie der aktuelle Digitalisierungsindex des IW zeigt.

Mit digitalisierten Produkten, Prozessen und Geschäftsmodellen lassen sich neue Märkte erschließen und Wettbewerbsvorteile erzielen.

Um zu verfolgen, wie die deutsche Wirtschaft auf diesem Weg vorankommt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft im Jahr 2020

gemeinsam mit weiteren Projektpartnern den Digitalisierungsindex entwickelt und aktualisiert ihn seither jährlich. Die Ergebnisse für 2023 sind ernüchternd (Grafik):

Der für 2020 auf 100 normierte Digitalisierungsindex erreichte 2023 einen Wert von 108,6 Punkten – ein Jahr zuvor waren es noch knapp zwei Punkte mehr.

Schaut man auf die zehn analysierten Kategorien, gab es innerhalb der Betriebe vor allem bei der Digitalisierung der Produkte einen deutlichen Rückschritt (minus 15 Punkte). Möglicherweise haben viele Unternehmen aufgrund des allgemeinen Kostendrucks Investitionen in digitale Produkte zurückgestellt.

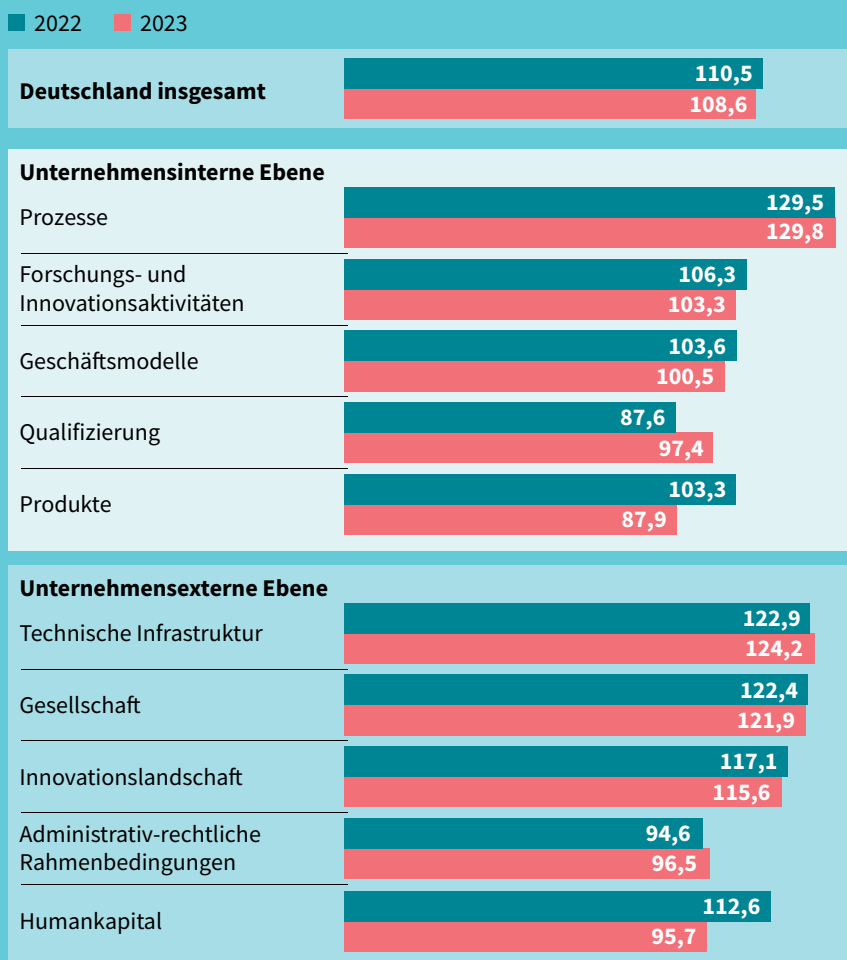
Deutlich voran ging es dagegen in der Kategorie Qualifizierung – von knapp 88 auf gut 97 Punkte.

Dahinter steckt, dass die Unternehmen verstärkt Weiterbildungen für IT-Fachkräfte und -Anwender anbieten. Damit reagieren die Firmen auf die weiter gewachsene Fachkräftelücke in Digitalisierungsberufen. Diese spiegelt sich in der unternehmensexternen Kategorie Humankapital wider, die fast 17 Punkte einbüßte.

Positiv ist, dass die Unternehmen trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds an der Digitalisierung ihrer Prozesse – dazu gehört auch die digitale Vernetzung mit anderen Firmen – festhalten: In dieser Kategorie erreicht der Index 2023 mit rund

Digitalisierung in Deutschland: Im Seitwärtsgang

Digitalisierungsindex für Deutschland nach Kategorien, 2020=100

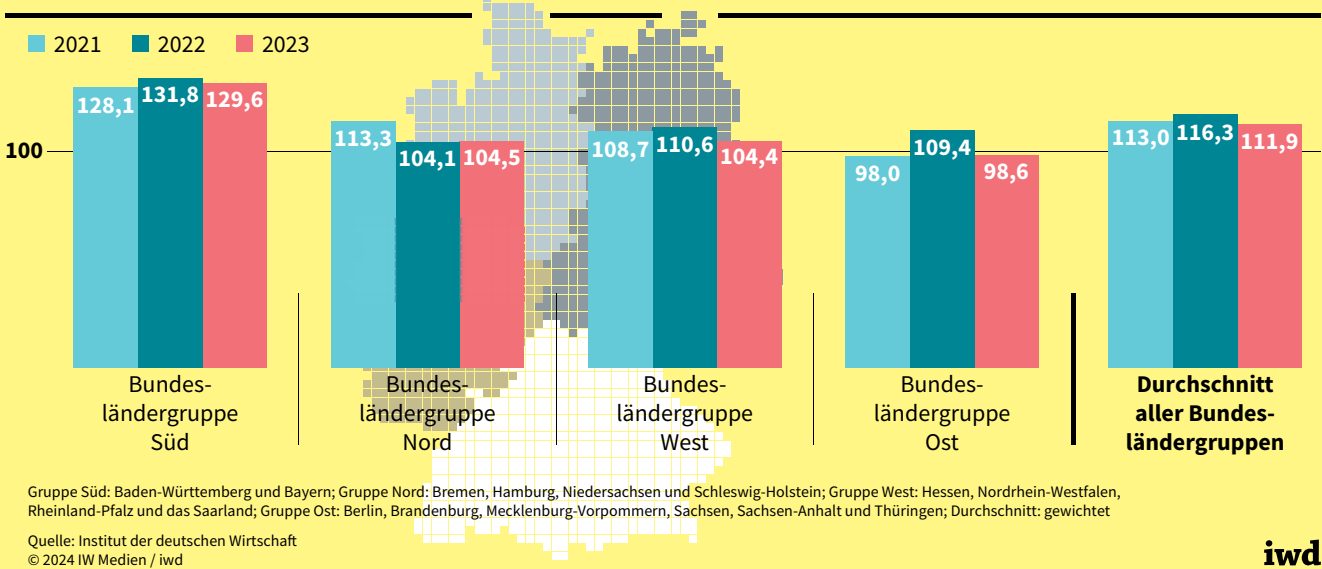


Der Index misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft in den zehn Kategorien anhand von insgesamt 36 Indikatoren; Gesellschaft: z. B. genutztes Datenvolumen; Humankapital: z. B. Fachkräfte in Digitalisierungsberufen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Ostdeutsche Bundesländer fallen digital zurück

Der Digitalisierungsindex für die Bundesländergruppen misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft auf der unternehmensinternen und -externen Ebene anhand von insgesamt 25 Indikatoren in zehn Kategorien, der Durchschnitt aller Bundesländergruppen wurde im Jahr 2020 auf 100 normiert



130 Punkten den höchsten Einzelwert, gegenüber dem Vorjahr gab es nochmals ein kleines Plus.

Weitere Ergebnisse des Digitalisierungsindex in Kürze:

Digitalisierung nach Branchen.

Auf der Ebene der sieben Branchen- gruppen stagnierte die Digitalisierung ebenfalls. Das Gefälle zwischen den Wirtschaftszweigen ist groß:

Die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) liegt mit 293 Punkten mit Abstand vorn, Schlusslicht ist mit 67 Punkten der Bereich Baugewerbe/Ver- und Entsorgung.

Letzterer hat sich allerdings gegenüber 2022 leicht verbessert, während die IKT knapp neun Punkte einbüßte. Das lag vor allem an deutlichen Verlusten in der Kategorie

Innovationslandschaft – die Zahl neuer digitaler Start-ups in der IKT-Branche ist 2023 gesunken.

Digitalisierung nach Bundesländern. Nachdem sie 2022 zusammengerückt waren, liegen die Bundesländergruppen in Sachen Digitalisierung nun wieder weiter auseinander (Grafik):

Süddeutschland bleibt mit fast 130 Digitalisierungspunkten trotz leichter Einbußen klar vorn, während Ostdeutschland fast elf Zähler verliert und mit knapp 99 Punkten auf den letzten Rang zurückfällt.

Vor allem in den Kategorien Prozesse und Humankapital verbuchten die ostdeutschen Bundesländer ein Minus. Ihren Gesamtpunktwert steigern können im

aktuellen Index allein die norddeutschen Länder – die dortigen Unternehmen haben vor allem ihre Produkte und Prozesse stärker digitalisiert.

Perspektivisch wird die deutsche Wirtschaft bei der Digitalisierung nur dann schneller vorankommen, wenn auch die Rahmenbedingungen passen. Dazu gehört der weitere Ausbau der Infrastruktur, also unter anderem der Datennetze, sowie administrativ-rechtliche Regelungen, die digitalisierungsaffine Unternehmen fördern und nicht bürokratisch behindern.

Gutachten

Dennis Bakalis, Jan Büchel, Marc Scheufen: Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland – Digitalisierungsindex 2023
iwkoeln.de/digitalisierungsindex2023

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche**104.300**

Tonnen Fleischersatzprodukte stellen Firmen in Deutschland laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2022 her. Das waren rund 7 Prozent mehr als im Vorjahr, im Vergleich zu 2019 stieg die Produktion von Tofuwurstchen, Sojabratlingen und Co. sogar um fast 73 Prozent.

Zu Beginn des Jahres gehen vermutlich überdurchschnittlich viele Fleischalternativen über die Ladentheke – schließlich gibt es dann den „Veganuar“. Die Initiative – eine Wortneuschöpfung aus vegan und Januar – soll Menschen dazu animieren, sich im ersten Monat des Jahres vegan zu ernähren. Mittlerweile beteiligen sich viele Organisationen und Unternehmen an dem Aktionsmonat – etwa durch Informationsveranstaltungen, neue Produkte, Sonderangebote oder veränderte Speisekarten.

Die zuletzt gestiegene Lust der Bundesbürger auf vegetarische oder vegane Alternativen geht dabei mit einem sinkenden Fleischkonsum einher. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verzehr lag laut der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung im Jahr 2022 hierzulande bei 52 Kilogramm – das waren rund vier Kilogramm weniger als im Vorjahr und so wenige wie noch nie seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 1989. Den Trend merken auch die Schlachthöfe: 2022 wurden in Deutschland rund 10 Prozent weniger Schweine und 8 Prozent weniger Rinder und Kälber geschlachtet als im Jahr zuvor.

Top-Liste: Where are you from?

Mehr als 20 Jahre lang machten Chinesen die größte Gruppe der internationalen Studenten in Deutschland aus, doch seit dem Wintersemester 2022/23 nehmen Hochschüler aus Indien diesen Platz ein. Annähernd 43.000 Inderinnen und Inder studierten vor einem Jahr an einer deutschen Hochschule – das waren 146 Prozent mehr als im Wintersemester 2017/18. Die Region Asien/Pazifik ist mit einem Anteil von 32 Prozent mit deutlichem Abstand die wichtigste Herkunftsregion für internationale Studenten an deutschen Unis und Fachhochschulen, gefolgt von Nordafrika und Nahost (17 Prozent) sowie Westeuropa (17 Prozent). Die kleinste ausländische Gruppe unter den hiesigen Hochschülern bilden mit 2 Prozent Studenten aus Nordamerika.

Internationale Studenten: Die Top Ten

So viele ausländische Studenten aus diesen Herkunftsländern waren im Wintersemester 2022/23 an deutschen Hochschulen eingeschrieben

■ Anteil an allen internationalen Studenten in Prozent

Indien	42.578	11,6
China	39.137	10,6
Syrien	15.563	4,2
Österreich	14.762	4,0
Türkei	14.732	4,0
Iran	13.279	3,6
Russland	10.490	2,9
Italien	10.247	2,8
Ukraine	9.069	2,5
Pakistan	8.208	2,2
...		
Insgesamt	367.578	100,0

Quellen: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Statistisches Bundesamt
© 2024 IW Medien / iwd



iwd